

Eugen Kogon

DIE GEWERKSCHAFTEN IN DER GEGENWÄRTIGEN GESELLSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Die gegenwärtige Gesellschaft ist eine Massengesellschaft, quantitativ und qualitativ. Der Mensch in ihr zeichnet sich durch eine gewisse technische Rationalität aus, durch die besondere Fähigkeit, technisch zu reagieren, zu handeln, sich zu verhalten.

Ferner hat jeder Einzelne, haben die Gruppen ein politisches Selbstbewußtsein im allgemeinsten Sinne entwickelt. Dieses Bewußtsein, eine gewisse politische Wachheit für die Problematik der modernen Gesellschaft und ihre Entwicklung, unterscheidet uns von den Menschen früherer gesellschaftlicher Entwicklungsstufen. Gleichzeitig haben wir dabei aber einen Mangel an zureichendem politischem Grundwissen und an dem, was man im echtsten Sinne kulturelle Bildung nennen könnte. Wir befinden uns in einer latenten Emotionalität, also in der Grundbereitschaft, dauernd durch Gefühle in Bewegung gesetzt zu werden. Wir sind alle relativ leicht ablenkbar und dadurch auch verführbar. Dazu kommt schließlich eine gewisse Müdigkeit, die sogar ins Biologische geht, mit der eine verhältnismäßige Phantasielosigkeit gegenüber dem Problem, der gesellschaftlichen Verhältnisse heute Herr zu werden, verbunden zu sein scheint: eine Müdigkeit gegenüber dem, was *Toynbee* die Herausforderungen der Geschichte genannt hat.

Im Gegensatz zu früheren kleineren, kontrollierbaren Kreisen ist die Massengesellschaft eine arbeitsteilige Großgesellschaft, die sich in einer Verhältnis-

mäßig dauernden Bewegung befindet. Der Vorgang des beständigen Wechsels in der Massengesellschaft ist schwer kontrollierbar.

Ein weiteres Hauptmerkmal der gegenwärtigen Gesellschaft ist ihre mehr und mehr zunehmende, ja ihre fast schon vollendete Internationalität. Es gibt keinen kleinen Kreis mehr in der heutigen Gesellschaft, der nicht bereits in engstem Zusammenhang stünde mit ähnlichen Erscheinungen in anderen Ländern, ja sogar in anderen Erdteilen. Die Internationalität ist in fast jeder Daseinsschicht gegeben — mit sachlichen Zusammenhängen an allen Ecken und Enden.

Diese arbeitsteilige Großgesellschaft im internationalen Entwicklungsstadium organisiert sich in Verbänden und vielfach in Großverbänden: Berufsverbände, wirtschaftspolitische Vereinigungen, kulturelle Organisationen, konfessionelle Verbände — bis zu den Sportverbänden und zu jenen Organisationen, die nur zeitweise, partikulare Interessen vertreten (Verbände der Geschädigten des Besatzungsregimes oder der Fliegergeschädigten). Alle diese Organisationen versuchen, in das Gewoge der Massengesellschaft, einander überschneidend, zum Teil kreuz und quer, eine gewisse Ordnung zu bringen. Der Einzelne in der Massengesellschaft gehört gleichzeitig mehreren oder sehr vielen dieser Verbände an, in einem Fall mehr existentiell (wie etwa als Mitglied eines Konfessionsverbandes oder einer Gewerkschaft), im anderen Fall (wie etwa bei den Briefmarkensammlern) mehr nebensächlich, so intensiv das Interesse auch sein mag.

Die arbeitsteilige Großgesellschaft ist dialektisch, das heißt in Gegensätzen angelegt und tendiert gleichzeitig auf Zusammenarbeit ihrer einzelnen Teile.

Diese Gegensätze in der Gesellschaft, die gesellschaftlichen Konflikte, müssen entschieden werden. Sie werden dauernd in der freien Gesellschaft selbst entschieden, innerhalb der verschiedenartigen Organisationen in einer unterschiedlichen Weise, einmal autoritär, dann managerial, dann demokratisch, je nach dem Charakter des Verbandes. Aber es muß natürlich in der Gesellschaft Instanzen geben, die die Konflikte letztinstanzlich entscheiden, wenn sie nicht in den freien Beziehungen gelöst werden können.

Damit komme ich zu dem ersten Merkmal der heutigen demokratischen Staatsformen. Dieses erste Merkmal ist die doppelte Souveränität, nämlich des Einzelnen und der jeweiligen Nation. Souveränität ist die originäre Hoheit, die politischen Autoritäten zu bestellen, zu kontrollieren und sie zu erneuern. Unter der politischen Autorität verstehe ich die Befugnis, in gesellschaftlichen Konflikten letztinstanzlich zu entscheiden, notfalls zu befehlen, und, wenn es erforderlich ist, die Ausführung dieser Befehle zu erzwingen; nicht etwa willkürlich und beliebig, sondern auf das Allgemeinwohl hin zu entscheiden! Allgemeinwohl scheint mir nichts absolut Gültiges zu sein, sondern eine Zweckmäßigkeit in der jeweiligen Phase der geschichtlichen Entwicklung. *Bonum commune* nenne ich das, was Generationen in einem bestimmten Zeitabschnitt für richtig und vernünftig halten, im Sinne Aller liegend. Diese Vorstellung vom Allgemeinwohl ist der Quellbereich dessen, was wir Legitimitätsprinzip einer Zeit nennen. Nach ihm beurteilen wir in Wahrheit, Recht oder Unrecht in einer politischen Maßnahme, mag sie nun formal legal sein oder nicht.

Zweitens ist politische Autorität die Befugnis, notfalls rechtzeitig regulierend einzugreifen, damit die herankommenden Konflikte nicht für die Gesamtheit lebensgefährlich werden können. In diesem Sinne verstehe ich den bekannten französischen Satz aus der Staatskunst: Regieren heißt vorausschauen.

Ein weiteres Merkmal der gegenwärtigen demokratischen Staatsformen ist die Konstitutionalität und die Gewaltenteilung. Die Legalität leitet sich in allen unseren Demokratien aus geschriebenen oder ungeschriebenen Verfassungen recht verschiedenen Charakters her. Es gibt geschlossene Verfassungen, andere sind offen, durch Verbesserungen zu erweitern, um neuer gesellschaftlicher Zustände Herr zu werden. Die Gewichtsverteilung zwischen den Gewalten, also der Legislative, der Exekutive und der richterlichen Gewalt, ist in den Demokratien der westlichen Welt sehr verschieden. Sie reicht von der rein parlamentarischen Demokratie zur präsidentiellen Demokratie der USA. In der politischen Praxis hängt das Verhältnis der Autoritäten zueinander von der Tradition der betreffenden Völker ab, von ihrer Art, von ihrer Denkweise und den konkreten Notwendigkeiten. Mir scheint eine vierte Gewalt im Laufe der letzten Jahrzehnte heraufgekommen zu sein, die in den meisten Demokratien unserer Gegenwart vorhanden ist, und das ist die *öffentliche Meinung*. Die öffentliche Meinung ist eine faktische Gewalt, die nicht mit der Legislative, der Exekutive und der richterlichen Gewalt identifiziert werden kann und trotzdem nicht mit allen einzelnen Meinungen in den freien Gruppen der Gesellschaft identisch ist. Die öffentliche Meinung fängt an, ein eigener Faktor zu sein, beinahe schon in einem gesetzlichen Sinn, wie etwa in Schweden, wo sie das Recht auf jede Art von zweckmäßiger Information erhalten hat.

Ein drittes Hauptmerkmal unserer demokratischen Staatsformen ist die Mehrheitsbildung mit der Möglichkeit der zeitlichen Ablösung. Es gehört zu den geistigen Voraussetzungen der Demokratie, daß es kein Patent auf richtige Erkenntnis und keine absolute Verbindlichkeit von Wahrheiten gibt. Infolgedessen muß man argumentieren und einander ertragen — oder man wird totalitär. Die Technik, die sich daraus ergibt, ist die Mehrheitsbildung. Wie kann das Zweckmäßige im Sinne des Allgemeinwohls, also die relative politische Wahrheit, gefunden werden? Wenn jeder Einzelne imstande ist, mitzubestimmen, eine natürliche Intelligenz besitzt, die auf Grund des vermehrten Wissens ausbildbar ist, dann wird die Mehrheit eine größere Chance haben, das Richtige im Sinne des Allgemeinwohls zu finden, als die Minderheit. Die Geschichte lehrt aber — wir erfahren das natürlich auch in unserer Demokratie —, daß dies bei weitem nicht immer der Fall ist, da sich bedeutende Irrtümer vollziehen. Daher ist die Korrektur durch regelmäßige und durch außerordentliche Ablösung geschaffen worden.

Die formalen Rechte, die wir alle erhalten haben, besitzen jedoch nur eine sehr unvollkommene Griffbarkeit gegenüber der Wirklichkeit. Weil die gesellschaftlichen Voraussetzungen sehr verschieden sind, hat nicht jeder die gleiche Möglichkeit, mit diesen formalen Rechten dasselbe anzufangen. Zum Teil ist unter der formalen Gleichheit sogar eine zusätzliche Ungleichheit im Materiellen entstanden, weil beim Start die einen mit dem gleichen Recht mehr anfangen konnten als die anderen, so daß das Problem der materiellen Macht und Machtverteilung sich innerhalb jeder dieser westlichen Demokratien ergibt.

Eine weitere Schwierigkeit ist die relative Ohnmacht der Träger der politischen Autorität, die zu entscheiden hat, gegenüber der Komplexheit der gesellschaftlichen Vorgänge, wie sie in der Massengesellschaft heute gegeben sind. Der Politiker im eigentlichen Sinne wird dieser Materie nicht mehr Herr. Es ergibt sich also das Problem der fehlenden Beratungsorgane, um die Alternativen für die notwendigen letzten Entscheidungen herauszuarbeiten. Es ist schwer und vielfach unmöglich für einen Politiker, die Materie selbst ganz zu untersuchen. Die wenigen Parlamentarier, die sich noch ernstlich bemühen, werden unter der

Masse dieses Stoffes erdrückt, so daß sie vielfach nicht mehr wissen, wie sie weiterkommen sollen. Die Entscheidung kann nur getroffen werden, wenn sie eine Wahl ist zwischen mehreren Möglichkeiten der Lösung. Diese Möglichkeiten als Alternative müssen reif gemacht sein. Das kann nicht mehr der Inhaber der politischen Autorität in der höchsten Stufe selbst tun, auch nicht das Parlament mit seinen immer zahlreicheren Ausschüssen. Das ist nur möglich, wenn die Gesellschaft selbst in ihren Organisationen funktioniert und diese Organisationen eine Aufbereitung ihrer speziellen Konflikte im Verhältnis zu anderen Großgruppen besorgen. Wenn man von den Versuchen in Holland absieht, gibt es hierfür in den westlichen Demokratien nahezu keine Ansätze. *Theodor Eschenburg* hat auf die Folgen hingewiesen, die sich aus dieser Krankheit, vielmehr aus diesem Schwächezustand der westlichen Demokratien ergeben. Bei uns etwa in der Bundesrepublik neigen nun Politiker dazu, politische Entscheidungen der richterlichen Instanz zuzuschreiben. Das ist eine ganz gefährliche Tendenz, den Richtern eine Gewalt im politischen Entscheidungsbereich zu geben; sie haben nur darüber zu befinden, ob eine politische Entscheidung, die getroffen worden ist, im Rahmen des Gesetzes und der Verfassung liegt.

Eine weitere Schwierigkeit sehe ich in dem Fehlen eines systematischen Führungsnachwuchses in den westlichen Demokratien. Die Folgen kennen wir: das Unbehagen, die Unzufriedenheit gegenüber den Inhabern der Positionen und der politischen Autorität. Es rührt nicht bloß daher, daß gelegentlich gegen unsere partikularen Interessen entschieden werden muß oder entschieden wird, sondern es kommt aus der Einsicht des Staatsbürgers, daß hier wirklich etwas fehlt und daß die Bestellung durch den bloßen Wahlvorgang und über die Parteien und deren Listen kein zureichendes Mittel ist, um für echten politischen Nachwuchs in der Führung unserer Staaten zu sorgen. Wenn ich daran denke, was von diesen Führungskräften abhängen kann und abhängt — Krieg oder Frieden! —, dann kann ich es überhaupt nicht begreifen, daß aus der gesamten Nation heraus oder auf internationalem Feld für diesen systematischen Nachwuchs nicht gesorgt wird.

Eine letzte Schwierigkeit sind die Ideologien — nicht Ideen, sondern standortgebundenes Denken. Die Standorte, aus denen es stammt, sind meist längst überwunden. Man schleppt soziale Vorstellungen, die gar nicht mehr zutreffen, nationale Vorstellungen, kulturelle, politische Vorstellungen aus dem vorigen Jahrhundert etwa oder gar aus dem Mittelalter, jedenfalls aus vergangenen Zeiten, in die Gegenwart gesellschaftlicher Verhältnisse mit hinein und denkt mit ihnen weiter. Wenn wir in den Demokratien nicht die gesellschaftlichen Prozesse von heute erkennen, dann können natürlich auch die Konflikte nicht erkannt, geschweige denn entschieden und richtig entschieden werden.

Ein weiteres Merkmal dieser westlichen Demokratien ist ihre wechselnde Dichtigkeit in der politischen Substanz selbst. Die Gesamtheit der Inhaber der politischen Autorität kann in einer Weise regieren, daß eine zureichende Mitbestimmung und Mitvertretung der Gesamtheit der Interessen trotz ihrer Differenzierung im Volke gegeben ist. Diese Möglichkeit ist, um mit Alfred Weber zu sprechen, der demokratische Integrationsprozeß, der sich sachlich und personell dauernd im Kräftefeld der Gesellschaft vollzieht. Er wirkt in die Politik hinein, deren Probleme also heraufgehoben werden, entsprechende Personen rücken in die Autoritätsstellungen, in die Entscheidungsstellen nach. Dies *kann* der Fall sein, aber es wird nie vollkommen sein. Die Demokratie ist ein *Prozeß*, eine Aufgabe, niemals ein Zustand.

Dann gibt es eine zweite Möglichkeit, die Klassenherrschaft; das heißt, daß die Positionen von einer bestimmten Klasse besetzt, exklusiv besetzt sind, daß sie sogar deren Privileg sind. In den westlichen Demokratien vollzog sich der Vorgang meistens gemäßigt, verschleiert, in Form einer Klassenvorherrschaft, in der die Auswahl der Männer und Frauen zur Besetzung der Autoritätspositionen, der politischen Entscheidungsstellen über den Geldbesitz erfolgte. Wir kennen ja alle die Rolle der bürgerlichen Klasse. In ihr gab es nie ein anderes letztes Prinzip, nicht einmal in der Bildung. Grundsätzlich gab es keine andere Möglichkeit, Zutritt zu den Bildungsgütern zu bekommen, als über den Geldbesitz. Das Stipendium, das dem Besitzlosen oder dem relativ Besitzlosen notfalls gegeben wurde, ist wieder nichts anderes als eine Kanalisierung des Problems über das Geld, über den Besitz. Innerhalb der möglichen Bildungssysteme gibt es aber noch ganz andere Ausleseprinzipien.

Nun haben wir aber noch solche Demokratien, vor allem auf dem europäischen Kontinent, wo die zureichende Mitbestimmung aller nicht gegeben ist, auch keine Klassenherrschaft besteht — nur Elemente der Klassenvorherrschaft —, sondern Klassenschwäche. Sie scheint mir das charakteristische Merkmal der kontinentaleuropäischen Demokratien zu sein. Die alte Klasse, die das System hervorgebracht und fast ein ganzes Jahrhundert getragen hat, ist nicht mehr stark genug, der gesellschaftlichen Konflikte zureichend und im Sinne des Allgemeinwohls Herr zu werden. Die neuen Schichten, haben noch nicht die Position oder die Kraft, die Demokratien in ihrem Inhalt zu bestimmen und die politischen Funktionen der Entscheidung auszuüben. In diesem Zustand der Klassenschwäche auf beiden Seiten tritt die Restauration unter bestimmten Umständen ein; also ein Zwischenzustand, ein Lähmungszustand, der zu zahlreichen Unzulänglichkeiten führt. In Frankreich etwa sind die Gaullisten und die Kommunisten fast gleich stark, und beide doch nicht, jeder Teil für sich, stark genug, um die Positionen innerhalb der Demokratie auf eine legale Weise zu besetzen. Sie haben je ein Drittel erreicht, und nun blockieren sie einander, und dazwischen sitzt ein Konglomerat von gesellschaftlichen Gruppen — zum Teil mit gloriosen Ideen, aber ohne die Kraft, sie durchzuführen —, zusammengehalten nur durch die Tatsache, daß zwei extreme Flügel nicht heraufkommen können und einander blockieren.

Projizieren wir die Kulissen aus Frankreich in das internationale Feld, in die heutige Weltspannung, dann haben wir die UdSSR und die USA als Führungsmächte. Dazwischen sitzt Europa, das absolut nicht mehr imstande ist, internationale Konflikte großen Ausmaßes letztinstanzlich zu entscheiden, wie es im 19. Jahrhundert und vor dem ersten Weltkrieg noch der Fall war. Es hält sich aber, weil weder die UdSSR noch die USA es zulassen können, daß dieses relativ schwache Europa dem andern zufällt. Dieser Zustand wäre seine Chance, sich zu regenerieren.

Wir haben zu untersuchen, welche Rolle die gesellschaftlichen Führungsgruppen in dieser Situation spielen. Wie kommt eine Führungsgruppe in diesem politischen Zustand potentiell oder faktisch zustande? Natürlich sind die Unterschiede der sozialen Gruppen in qualitativer und quantitativer Hinsicht von Bedeutung. Ein übermäßig partielles oder nur zeitweises Interesse legitimiert aber eine Gruppe in keinem Falle zur Führung. Es muß eine vernünftige Relation zum Ganzen, zur Allgemeinheit bestehen. Für die Rolle, die eine solche Führungsgruppe zu spielen hat, ist auch ihre gesellschaftsbildende Kraft und ihre Leistung für die Herstellung der materiellen Güter von Bedeutung. Die Führungsgruppe muß weiterhin in der Lage sein, ein gültiges Konzept für das Ganze

im Sinne des Allgemeinwohls zu entwerfen, ein Programm zu haben. Mir scheinen Ordnungsbilder, Ordnungsvorstellungen, so systematisch sie auch immer sein mögen, für die Wirklichkeit nicht zu genügen, Sie können als Normbilder sehr wichtig sein, damit wenigstens in unserem Denken Ordnung sei. Das heißt aber noch lange nicht, daß diese Ordnungsbilder in die gegebene komplexe Situation wirksam eingreifen. Sie können sehr rasch ideologischen Charakter annehmen, indem sie über die Wirklichkeit hinweggehen. Eine gesellschaftliche Führungsgruppe muß die Kraft besitzen, solche Ordnungsbilder im Hinblick auf das Allgemeinwohl als Konzept auch für andere Interessen zu entwickeln. Sie muß die Kraft haben, die geistige Potenz zu realisieren. Wenn dieses Merkmal gegeben ist, dann kann man von einer gesellschaftlichen Führungsgruppe sprechen.

Man hat bezweifelt, daß irgendeine soziale Gruppe Gesamtkonzepte hervorbringen könne. Die Geschichte des Bürgertums und des Proletariats und die jüngste Geschichte Englands beweisen das Gegenteil, das heißt: Eine gesellschaftliche Gruppe mit Führungscharakter kann sich in einer bestimmten Situation aus sich selbst heraus allmählich transformieren. Mir scheint die gesellschaftliche Basis und der typenbildende Geist der Solidarität die Gewerkschaften geradezu vor die Notwendigkeit zu stellen, nunmehr ein Konzept für das Ganze und damit ein Konzept auch für die anderen mitzuentwickeln.

Die Frage ist also, ob die Gewerkschaften die sachliche Partikularität überwinden und in ihrem Denken und Handeln andere Interessen mit einbegreifen können. Im Unterschied zu *Dolf Steinbeiger* meine ich, daß Sozialorganisationen von sich aus sehr wohl Mehrheit werden können. Die Gewerkschaften sind es bereits. Sie stehen vor dem Tor der Legislative. Normalerweise sollten in der Demokratie die Tore offenstehen; es sollte nicht notwendig sein, erst daran klopfen zu müssen.

(Was die Frage des politischen Streiks anbetrifft, so darf ich hier an das Wort von *Rovan* erinnern: Es gibt eine illegale Legitimität gegen legale Illegitimität. Wir sind unter gewissen Voraussetzungen verpflichtet, illegal legitim zu verfahren, über die Berechtigung entscheiden das Gewissen *und die Geschichte*. Nichts ist gefährlicher, aber es gibt solche Fälle. Es muß sich um außerordentliche Situationen handeln, etwa die Rückgängigmachung des Mitbestimmungsrechtes oder gar die Aufrechterhaltung des Bestandes der Demokratie.)

Die Verantwortung der Gewerkschaften in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung ist kaum abzuschätzen.

Es gibt viele Wege, der formalen Demokratie ihren zeitgemäßen materiellen Inhalt zu geben, national und international. Eines der Mittel ist die eigene politische Partei (wie in England). Bei uns sind die Gewerkschaften parteipolitisch neutral. Das heißt natürlich nicht, daß sie politisch neutral sein könnten. Ihr Weg führte von der Lohn- und Arbeitspolitik zur Sozialpolitik, zur Wirtschaftspolitik und auch zur Mitbestimmung in der Staatspolitik (etwa in der Europäischen Montan-Union, um ein internationales Beispiel zu nennen). Sie werden sich einer ganzen Stufenfolge von Mitteln bedienen müssen, um ihre Rolle in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung erfüllen zu können. Diese Rolle ist vorpolitisch, ausgeübt im gesamten Kräftefeld der freien Gesellschaft, führt aber unablässig und überall in die eigentliche Politik.